

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Orsrates Schillerslage** der Stadt Burgdorf am **10.05.2007** im Landgasthaus "Zum Grünen Jäger", Sprengelstraße 1, Schillerslage

16.WP/OR Schil/003

Beginn öffentlicher Teil: 19:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 21:01 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:01 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 21:11 Uhr

Anwesend: Ortsbürgermeister

Thieleking, Ernst-
August

stellv. Ortsbürgermeister

Dunker, Manfred

Ortsratsmitglied/er

Kunkel, Sigrid
Plaß, Barthold
Reupke, Jörg

Beratende/s Mitglied/er

Ethner, Regina
Heldt, Gabriele

Verwaltung

Gottlieb, Julia
Herbst, Imke
Philipps, Lutz
Wielitzka, Eike

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Orsrates Schillerslage vom 08.02.2007
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung - siehe Anlage -
4. Mitteilungen des Ortsbürgermeisters

5. Mitteilungen des Bürgermeisters
6. Bauleitplanung Schillerslage, Sprengelstraße 4-6
Vorlage: 2007 0170
7. Wohnbebauung zwischen der Engenser Straße und dem Hornweg
- Antrag der CDU Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 25.01.2007 -
Vorlage: 2007 0105
8. Bebauungsgebiet Flachsfield - Informationen über den aktuellen Sachstand -
Antrag der WGS-Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 25.04.2007
Vorlage: 2007 0163
9. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2007 0148
10. Kindergartenbedarfsplanung 2007
Vorlage: 2007 0117
11. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Ortsbürgermeister Thieleking begrüßte alle Anwesenden, die Mitglieder des Orsrates und der Verwaltung. Danach eröffnete er die Einwohnerfragestunde.

Da keine Fragen gestellt wurden, schloss er diese wieder.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ortsbürgermeister Thieleking eröffnete die Sitzung und stellte bei ordnungsgemäßer Ladung die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde dahingehend geändert, dass TOP 6, 9 und 10 nacheinander nach TOP 5 behandelt werden sollten, anschließend TOP 8, 7 und 11.

Beschluss:

Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Orsrates Schillerslage vom 08.02.2007

Herr Plaß bat darum, zwei redaktionelle Änderungen vorzunehmen. Das Wort „Jagdgemeinschaft“ müsse auf Seite 7 zweimal durch „Jagdgenossenschaft“ ersetzt werden. Auf Seite 9 müsse es heißen: „**Herr Plaß** sagte, dass die gesamte Internetseite der Stadt Burgdorf verbesserungsfähig sei.“

Beschluss:

Mit diesen Änderungen wurde die Niederschrift **einstimmig** genehmigt.

3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung - siehe Anlage -

Herr Dunker stellte die Anfrage der CDU-Ortsratsfraktion zur Geschwindigkeitsbeschränkung vor (Anlage 2 zum Protokoll). Eine Änderung der Höchstgeschwindigkeit vom Kreisel bis Schillerslage auf der B433 sei vor dem Neubau der B188 sicher nicht mehr zu erwarten. Auf der Straße Wolfskuhlen habe der Verkehr aber stark zugenommen, hier sollte daher eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h erfolgen. Auf der Zollstraße sollte durchgängig ab Ortsausgang bis hinter Klein Schillerslage die Höchstgeschwindigkeit 70 km/h betragen dürfen.

Herr Philipps verlas die Antwort der Fachabteilung (Anlage 3 zum Protokoll)

Ortsbürgermeister Thieleking stellte hierzu fest, dass also erst ein Unfall passieren müsse, bis die Geschwindigkeit in der Straße Wolfskuhlen beschränkt werde.

Herr Plaß sah dies ebenso und wies noch einmal auf die gestiegene Verkehrsdichte seit dem Neubau des E-Centers hin. Es könne nicht sein, dass erst ein Unfall abgewartet werden muss, bevor gehandelt wird. Die Antwort der Fachabteilung halte er für unbefriedigend und sie werde so nicht hingenommen.

Frau Ethner sagte, dass die Straße bei Tageslicht zwar einsehbar sei, sie aber bei Nacht nicht beleuchtet werde. Die Orientierung würde daher schwer fallen und auch Straßenschäden würden nicht erkennbar sein. Die Straße würde also bei Dunkelheit zu einer Gefahrenstrecke.

Herr Dunker machte den Vorschlag, das Ortsschild vom Ortsrand Schillerslage bis nach Klein Schillerslage zu versetzen, um die erlaubte Geschwindigkeit auf 50 km/h zu verringern.

Herr Philipps erklärte, dass ein Ortsschild nicht ohne weiteres einfach versetzt werden könne. Es sei die Antwort der Region abzuwarten, ob in diesem Bereich eine „Tempo-70-Zone“ eingerichtet werden könne.

Herr Dunker trug die Anfrage zu den Vor- und Nachteilen einer Regionsstraße vor (Anlage 4 zum Protokoll).

Herr Philipps verlas die Antwort der Fachabteilung (Anlage 5 zum Protokoll).

Ortsbürgermeister Thieleking sagte dass, als man die Vorlage zur Übernahme der Sprengelstraße als Gemeindestraße beschlossen habe, man davon ausgegangen sei, dass durch die Übernahme den Anliegern keine Kosten entstehen. Nun sei die Rede von 40% Kostenübernahme bei Fahrbahnarbeiten und 60% bei Radwegarbeiten.

Herr Philipps erklärte, dass die Region im Moment diese Beiträge nicht erhebe, aber das Recht dazu hätte.

Frau Ethner stellte fest, dass, sobald Ausbesserungsarbeiten an der Sprengelstraße anfallen würden, die Anlieger mit Kosten rechnen müssen. 2002 sei davon ausgegangen worden, dass täglich 3000 bis 4000 Autos die Straße befahren würden, heute gehe man von 6000 bis 8000 Fahrzeugen aus. Sie fragte nach, ob dies nicht als Anforderung für eine Regionsstraße genüge.

Frau Heldt sagte, dass die WGS-Fraktion die Übernahme als Gemeindestraße unterstützt habe, da Regionsstraßen damals nicht für den Schwerlastverkehr gesperrt werden konnten.

Herr Plaß gab an, dass der Erstumbau die Anlieger nichts kosten werde, bei Reparaturen aber die Anlieger einen Teil zu tragen haben werden. Beim damaligen Beschluss der Übernahme als Gemeindestraße sei man von weniger Durchgangsverkehr ausgegangen als heute, daher müsste erneut geprüft werden, ob die Sprengelstraße nicht Regionsstraße bleiben könne. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, müsse es so hingenommen werden.

Herr Dunker sprach an, dass in Heeßel die Hauptstraße Regionsstraße bleiben werde. Er fragte nach, weshalb dort so verfahren werde, in Hülptingsen und Schillerslage aber nicht.

Frau Ethner antwortete, dass diese Straße bei Unfällen als Ausweichstraße für den Schwerlastverkehr dienen solle, daher diese Regelung.

Ortsbürgermeister Thieleking hielt fest, dass Schillerslage für den Schwerlastverkehr gesperrt bleiben müsse. Die Verwaltung solle prüfen, ob die Sprengelstraße dennoch Regionsstraße bleiben könne.

4. **Mitteilungen des Ortsbürgermeisters**

Ortsbürgermeister Thieleking machte folgende Mitteilungen:

Er bedankte sich bei allen Helfern, die das Osterfeuer ausgerichtet haben und bei denen, die an der Aufstellung des Maibaums beteiligt waren.

In der Friedhofskapelle finde zur Zeit eine Ausstellung von Bibelfliesen statt, die noch bis zum 24. Mai dort zu sehen sein werde.

Am 24. Mai werde auch eine 12-köpfige Wettbewerbskommission des Regionswettbewerbes Schillerslage besuchen. In diesem Zusammenhang bedankte er sich bei Manfred Dunker, Volker Plaß und dem Arbeitskreis „Unser Dorf“, der im Ort Hinweisschilder auf Gebäude angebracht habe. Mit der Stadtparkasse als Sponsor der Schilder werde noch ein Pressetermin stattfinden. Er appellierte an alle Anwohner, das Dorf für den 24. Mai besonders herauszuputzen.

Die Dorferneuerung laufe in diesem Jahr nach 10 Jahren aus. Für weitere Maßnahmen seien keine Mittel mehr vorhanden, aber Schillerslage habe als einziger Ort die Mittel bis nahezu zur 800.000 € Grenze aufgebraucht. Dabei seien 30 % Fördermittel gewesen, der Rest wurde durch private und öffentliche Mittel gegenfinanziert. Die

Dorferneuerung sei gut gelungen und das Geld sinnvoll ausgegeben worden.

Ortsbürgermeister Thieleking fragte den Ortsrat, ob alle damit einverstanden wären, den für den 31. Mai geplanten Dorfempfang ausfallen zu lassen, da an diesem Tag auch der Spargelempfang stattfinden werde. Stattdessen sollte man sich am 24.5. nach der Begehung zusammensetzen. Der Ortsrat befürwortete, den Empfang ausfallen zu lassen.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Philipps teilte folgendes mit:

- Dem Vorschlag, Holzschnitt aus Schillerslage an Ortsansässige abzugeben, kann nicht entsprochen werden. Zur Zeit werde alles geschlagene Holz, hierunter fallen z.B. auch Pappeln und morsche Baumstümpfe etc., an die Gärtner verkauft. Es würden von den Schillerslagern wahrscheinlich nur „interessante“ Holzarten abgenommen. Andere Holzarten und Holzabfälle müssten dann trotzdem abgeholt werden. Diese ließen sich dann nicht mehr verkaufen.
- Einen Radweg bei der Sanierung der K 119 mit zu erstellen ist nicht möglich, da hierfür eine Planfeststellung und Grunderwerb erforderlich sind. Die Kosten für den Neubau eines Radweges belaufen sich auf ca. 600.000 €. Ein Bau eines Radweges ist seitens der Region nicht vorgesehen.
- Die Löcher im Weg zum Friedhof werden bei entsprechender Witterung wieder aufgefüllt.
- Die Straßenmeisterei Burgdorf wurde darum gebeten, die Ampelschaltung der Fußgängerampel an der Zollstraße zu überprüfen.
- An der Zollstraße konnte von der Ordnungsabteilung keine Gefährdung durch einen aus einer Wand ragenden Stein festgestellt werden. Hier sollte sich direkt mit der Abteilung in Verbindung gesetzt werden, sofern die Gefahr doch noch bestehen sollte.
- In der Mehrzweckhalle sei das Schutzgitter wieder am Ventilator angebracht worden.
- Das vor dem Kriegerdenkmal abhanden gekommene Spenderschild sei ersetzt worden.
- Die Kaninchenschau in der Mehrzweckhalle kann nicht mehr abgesagt werden, da der Termin dem Veranstalter schon bestätigt wurde. Ihm sei auch in der Vergangenheit immer die Reinigung und Desinfektion der Halle auferlegt worden und diese habe er auch durchgeführt.

Ortsbürgermeister Thieleking bedankte sich für die Ausführungen

und fügte hinzu, dass der Weg hinter der alten Badeanstalt hervorragend ausgebessert wurde.

6. Bauleitplanung Schillerslage, Sprengelstraße 4-6
Vorlage: 2007 0170

Frau Herbst stellte mit Hilfe von Overheadfolien den Inhalt der Vorlagen vor.

Herr Reupke stellte die Frage, welche Garantie der anliegende landwirtschaftliche Betrieb habe, dass ihm durch die Neubebauung keine Nachteile entstehen.

Frau Herbst sagte, dass dies in der Bauleitplanung nicht nur der jetzige Stand der Tierhaltung, sondern auch eine eventuelle Erweiterung beachtet werde. Vom Investor müsse unter anderem ein Geruchsgutachten erstellt werden. Es sei ohnehin fraglich, ob so dicht an diesem Betrieb eine Wohnbebauung möglich sei.

Frau Gottlieb ergänzte, dass bei Neubebauung Rücksicht auf die Nachbarn genommen werden muss. Mögliche Konflikte müssten im Bauleitplanverfahren untersucht und abgearbeitet werden. Aufgrund der gegebenen Konfliktlage (Nähe landwirtschaftlicher Betrieb, Verkehrslärm, Altlasten) wird von der Verwaltung ein Planungserfordernis gesehen, so dass die Entwicklung der Fläche Bauleitplanung erfordere.

Herr Plaß fragte nach, wie das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) hier greife, wenn nur 1,8 ha bebaut werden dürfen und Flachsfield und Hornacker zusammen schon über 1,8 ha groß seien. Fraglich sei, ob das RROP bindend sei und ob dann mit der Bebauung bis 2015 gewartet werden müsse.

Frau Gottlieb sagte, dass die Fläche, die den positiven Bauvorbescheid von 2005 umfasst, nach § 34 BauGB beurteilt worden sei. Ob Bebauung nach § 34 BauGB zum Eigenentwicklungsanteil nach dem RROP zähle, müsse noch mit der Region geklärt werden. Zur Fläche Hornacker sagte sie, dass eine Gesamtbebauung aufgrund der Lärmbelastung problematisch sein könne.

Ortsbürgermeister Thieleking sagte, dass man in der WGS-Fraktion davon ausgegangen sei, dass am Hornacker nur eine Baureihe bebaut werden soll. Dass die gesamte Fläche bebaut werden soll, sei der WGS nicht bekannt gewesen.

Frau Gottlieb erklärte, dass hier lediglich 2005 ein positiver Bauvorbescheid erteilt worden sei.

Herr Dunker stellte klar, dass die Prioritäten nicht verschoben werden dürfen. Diese seien 1. Flachsfield, 2. Hornacker, 3. Sprengelstraße.

Frau Heldt stellte fest, dass für die vier Baugrundstücke Hornacker kein Bebauungsplan aufgestellt wurde. Sie fragte nach, ob die jetzt sieben Grundstücke genau so behandelt werden und ob dann das Bauamt ohne politische Entscheidung über die Bebauung entscheiden könne.

Frau Herbst bestätigte dies und sagte, dass ein positiver Bauvorbescheid drei Jahre lang Bestand habe. Zur Fläche Sprengelstraße müsse zunächst eine Grundsatzentscheidung des Ortsrates getroffen werden, ob die Fläche

grundsätzlich bebaut werden soll.

Herr Plaß sprach sich grundsätzlich für eine Bebauung aus, aber die Bauleitplanung sollte so erfolgen, dass der ortsübliche Charakter und die Landwirtschaft dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Für eine Bebauung der gesamten Fläche Hornacker sei er nicht. Er fragte nach, bis wann mit der Baureihe auf dieser Fläche begonnen werden muss.

Frau Gottlieb erklärte, dass 2005 für sieben Häuser ein positiver Bauvorbescheid erteilt worden sei, der drei Jahre lang Bestand hätte.

Frau Heldt erkundigte sich, ob diese sieben Grundstücke unter das RROP fallen und wie viel Fläche noch bebaut werden darf, wenn die Baugebiete Flachsfeld und Sprengelstraße bebaut seien.

Dies könne nicht gesagt werden und bedarf der Prüfung, so **Frau Gottlieb**.

Ortsbürgermeister Thieleking fasste zusammen, dass ca. 1/3 des Baugebietes Hornacker positiv beschieden worden sei. Die WGS-Fraktion bleibe weiter bei der Meinung, nicht das gesamte Gebiet zu bebauen. Wenn dieses Gebiet also als Baugebiet weg falle, sollten die Grundstücke an der Sprengelstraße bebaut werden, sofern dies keine Nachteile für die ansässige Landwirtschaft habe.

Frau Gottlieb kündigte an, mit der Region Kontakt aufzunehmen, um zu klären, welche Flächen nach dem RROP zu werten sind und welche Gesamtfläche eigenentwickelt werden dürfe.

Herr Plaß machte den Beschlussvorschlag, dass der Bauleitplanung grundsätzlich zugestimmt werden sollte, damit der Investor mit Planungen beginnen kann.

Frau Heldt wand ein, dass sich der Investor sicher sein können müsse, dass das Planungsverfahren weiter laufe. Um eventuelle Regressansprüche zu vermeiden, sollte daher erst das Ergebnis der Befragung der Region abgewartet werden, bevor man einer Bebauung grundsätzlich zustimme.

Ortsbürgermeister Thieleking sagte, dass das Risiko beim Investor liege.

Frau Gottlieb machte den Beschlussvorschlag, dass der Ortsrat grundsätzlich einer Bebauung zustimmt, unter der Voraussetzung, dass der Entwicklungsspielraum nicht schon durch die Baugebiete Hornacker und Flachsfeld ausgeschöpft ist.

Bis zur Bauausschusssitzung am 04.06.2007 werde die Verwaltung mit der Region Kontakt aufnehmen und dann genauere Aussagen treffen können.

Beschluss:

Der Ortsrat beschloss einstimmig, dass die Verhandlungen mit dem Investor zur Entwicklung von Wohnbauland im Bereich Schillerslage zwischen Sprengelstraße 4 und 6 fortgesetzt werden sollen, soweit der Entwicklungsspielraum nach dem RROP nicht vorher durch die Flächen Hornacker und Flachsfeld ausgeschöpft ist.

7. **Wohnbebauung zwischen der Engenser Straße und dem Hornweg
- Antrag der CDU Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 25.01.2007 -
Vorlage: 2007 0105**

Wurde zusammen mit Top 6 beraten.

8. **Bebauungsgebiet Flachsfeld - Informationen über den aktuellen
Sachstand -
Antrag der WGS-Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 25.04.2007
Vorlage: 2007 0163**

Wurde zusammen mit Top 12 beraten.

9. **Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2007 0148**

Frau Kunkel sagte, dass sie die Änderung in § 10 nicht mittragen könne.

Herr Philipps stellte daraufhin noch mal ausdrücklich klar, dass die Ortsräte an den ortschaftsrelevanten Bauleitplanverfahren auch künftig in unveränderter Form beteiligt würden. Lediglich bei der Vergabe der einzelnen Baugrundstücke solle eine vorherige Ortsratsbeteiligung entfallen, um gegenüber Kaufinteressenten kurzfristig verbindliche Aussagen/Zusagen treffen und damit verhindern zu können, dass sie sich anderweitig orientieren.

Herr Plaß sagte, dass dies im Entwurf nicht klar genug formuliert worden sei. Man solle sich dem Beschluss des Otzer Orsrates anschließen und den Text zu § 10 anders formulieren.

Herr Philipps schlug vor, in § 10 Abs. 1 nach "...befindet" die Worte "entsprechend überplant wurde" einzufügen.

Herr Plaß sagte zum Punkt 3. der Vorlage, dass die Jagdpacht an Flächen gebunden sei. Er fragte nach, ob es Ausgleichszahlungen an die Jagdgenossenschaft aufgrund der Flächenänderung geben werde.

Herr Philipps antwortete, dass die Gemarkungsgrenzen unverändert bleiben. Es gehe hier nur um "politische Ortschaftsgrenzen", die insbesondere für die Wählbarkeit/Wahlen zum Ortsrat/Ortsvorsteher von Bedeutung seien.

Beschluss:

Der Ortsrat empfahl dem Rat einstimmig, die Hauptsatzung mit der Änderung „Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Stadt, soweit es in der Ortschaft gelegen ist, mit Ausnahme des Grundvermögens, das von der Stadt zum Zwecke der Wohnbauentwicklung u.ä. und/oder der Gewerbeansiedlung erworben wurde/sich in ihrem Eigentum befindet, entsprechend überplant wurde und für diese Zwecke verwendet werden soll.“ zu beschließen.

10. Kindergartenbedarfsplanung 2007
Vorlage: 2007 0117

Herr Philipps berichtete, dass es in Schillerslage in jedem Fall eine ausreichende Versorgung gebe. Ein eventueller Überhang an Plätzen könne für die Versorgung anderer Stadtteile genutzt werden.

Beschluss:

Der Ortsrat nahm die Vorlage zur Kenntnis.

11. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Frau Ethner beanstandete, dass die Ausgleichsflächen der Windkraftanlagen (WKA) verwildert und deren Umzäunungen teilweise umgefallen seien. Sie fragte nach, wer für die Pflege dieser Flächen zuständig sei.

Ortsbürgermeister Thieleking erklärte, dass diese Flächen dem WKA-Betreiber gehören und vom NaBu gepflegt werden. Der NaBu habe mitgeteilt, dass hier kein Handlungsbedarf bestehe und die Flächen so in Ordnung seien.

Frau Heldt sagte, dass auch sie mit dem NaBu gesprochen habe und ihr erklärt wurde, dass die Flächen naturnah belassen werden, um Verstecke für Kleintiere zu bieten. Die Umzäunungen müssten ihrer Ansicht nach aber wieder hergerichtet werden. Evtl. sollte der Umweltschutzbeauftragte der Stadt Burgdorf, Herr Frerichs, sich die Flächen ansehen.

Weiter wies **Frau Ethner** darauf hin, dass der Reitweg am Rapsfeld in schlechtem Zustand sei. Dies sollte bis zum Besuch der Wettbewerbskommission am 24. Mai behoben werden.

Ortsbürgermeister Thieleking sagte, dass dies inzwischen behoben worden sei und hier Rasen gesät wurde.

Herr Dunker fragte nach, ob der NaBu Geldmittel für die Pflege der genannten Ausgleichsflächen erhält. Sollte dies der Fall sein, müsse der NaBu auch in die Pflicht genommen werden, die Zäune wieder aufzustellen.

Antwort der Umweltschutzabteilung über das Protokoll:

Ein Telefonat mit Herrn Stümpel vom NaBu ergab folgendes:

1. Der NABU pflegt für den WKA-Betreiber eine der Hecken und hat für die Anpflanzung Gehölze vom WKA-Betreiber erhalten. Der NABU kontrolliert freiwillig auch die übrigen Kompensationsflächen.

2. Der Wildschutzzaun für die Hecke ist vom NABU aufgestellt worden. Der Zaun ist innerhalb der letzten 4 - 6 Wochen repariert worden.

3. Der Zaun entspricht lt. Herrn Stümpel wohl nicht den üblichen

"Ordnungsidealen", da er nicht schnurgerade aufgestellt worden ist und auch die Pfähle unterschiedliche Höhen haben, er erfüllt aber seine Funktion.

4. Der NABU hat vom WKA-Betreiber bisher keine finanzielle Unterstützung erhalten.

5. Herr Stümpel wird Frau Heldt entsprechend informieren.

Ortsbürgermeister Thieleking bedankte sich bei den Mitgliedern des Orsrates. Danach schloss er die Sitzung im öffentlichen Teil und eröffnete erneut die Einwohnerfragestunde.

Einwohnerfragestunde

Geschlossen:

Bürgermeister

Ortsbürgermeister

Protokollführer